

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	27
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	468/2020 ergänzte Neufassung
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	02.02.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Klemm / pö		
Betreff:	Nahverkehrsplan Teilfortschreibung 2020		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 21.07.2020, öffentl., Nr. 263
 Ergebnis: Einbringung der GRDRs 468/2020
 Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 08.12.2020, öffentl., Nr. 482
 Ergebnis: Vorberatung
 Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 15.12.2020, öffentl., Nr. 493
 Verwaltungsausschuss vom 16.12.2020, öffentlich, Nr. 572
 jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung
 Gemeinderat vom 17.12.2020, öffentlich, Nr. 384
 Ergebnis: Feststellung der Beschlussunfähigkeit gem. § 37 Abs. 3 GemO und
 Vertagung der Sitzung des Gemeinderats auf den 21.12.2020
 Gemeinderat vom 21.12.2020, öffentlich, Nr. 387
 Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 24.11.2020, GRDRs 468/2020 ergänzte Neufassung, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Stuttgart wird zugestimmt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegte Synopse (Querliste) ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Münter (S/OB) fasst den bisherigen und weiteren Gremienlauf zusammen. Entsprechend der Änderungsanträge der Fraktionen habe man die vorliegende Synopse erstellt.

Ausdrücklich dankt er allen Mitarbeitenden für ihre Arbeit.

Einleitend erläutert Herr Hachenberger (VVS), das ÖPNV-Angebot werde in den kommenden fünf Jahren im Hinblick auf die Klimaziele weiter ausgebaut. Die Corona-Krise habe die Entwicklung um ca. zwei Jahre zurückgeworfen. Einzelne Anregungen aus dem gesamten Beteiligungsverfahren seien in den Themenspeicher für den nächsten NVEP eingeflossen bzw. verschiedene Vorschläge vom NVEP in den NVP integriert worden.

Einem Vorschlag von Herrn Dr. Münter folgend wird anhand der dem Ausschuss vorliegenden Synopse vorgegangen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Änderungsanträge:

- Antrag Nr. 516 vom 07.12.2020 (90/GRÜNE)
- Antrag Nr. 526 vom 10.12.2020 (CDU)
- Antrag Nr. 510 vom 07.12.2020 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)
- Antrag Nr. 509 vom 07.12.2020 (SPD)

1. Bus-Nachtverkehr Regelbetrieb, Seite 1 (Kap. 6.3.3 NVP)

Freude über die angepasste Übernahme der Änderungsanträge ihrer Fraktionen äußern StR Peterhoff (90/GRÜNE) und StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS Piraten Tierschutzpartei). Bekräftigung hierzu kommt von StR Sauer (CDU) und StR Serwani (FDP). StR Ozasek fügt hinzu, mit einer überschaubaren Investition sei eine deutliche Verbesserung gelungen. Dem stimmt StR Körner (SPD) zu. Wichtig sei ihm, führt StR Ozasek weiter aus, auch eine zeitliche Anpassung des Fahrplans bei den Stadtbahnen in den Blick zu nehmen. Ergänzend bringt StR Serwani die S-Bahnen für den Nachtverkehr - zumindest donnerstags und am Wochenende - ins Spiel.

Kontroverse Meinungen herrschen über den ursprünglich geplanten Probetrieb des Bus-Nachtverkehr-Regelbetriebs. StR Peterhoff, StR Ozasek, StR Sauer und StR Serwani begrüßen die Aufnahme des Regelbetriebs ohne Probephase. Gegenüber StR Schrade (FW) und StR Goller (AfD) erläutert Herr Krause (SSB), Evaluationen bei der Einführung neuer Angebote seien auch ohne Probetrieb nach ca. einem Jahr möglich und üblich. Auch würden die Fahrgastzahlen kontinuierlich automatisch erhoben und ausgewertet.

Von Herrn Dr. Münter wird festgestellt:

Zur modifizierten Übernahme der Änderungsanträge der Fraktionen 90/GRÜNE sowie Die FrAKTION LINKE SÖS Piraten Tierschutzpartei ergeben sich mehrheitlich keine Einwände.

2. Ortsbusse, Seite 2 (Kap. 6.3.3 NVP)

Die StRe Peterhoff, Sauer, Ozasek, Körner, Serwani, Schrade und Goller signalisieren Zustimmung zur modifizierten Übernahme des Änderungsantrags der CDU-Fraktion. StR Sauer betont die Wichtigkeit der Überarbeitung des Gutachtens zu den Ergänzungsverkehren in Stuttgart aus dem Jahr 2005. Seine Fraktion werde einen Haushaltsantrag für ein jährliches Ortsbus-Pilotprojekt einbringen, wobei für 2022 Stuttgart-Stammheim aufgrund seiner vielschichtigen Infrastruktur im Fokus sei. Während StR Serwani auch andere Stadtteile ins Gespräch bringt, legen StR Peterhoff, StR Schrade und StR Ozasek den Schwerpunkt ebenfalls auf Stuttgart-Stammheim; dort bestehe bezüglich der Schienenanbindung an die Quartiere Handlungsbedarf. Herr Dr. Münter fügt hinzu, er sei mit Frau Korge (BVin S-Stammheim) im Gespräch.

Neben dem Wunsch, die SSB möge sich um Fördermöglichkeiten für Ortsbus-Projekte bei Bund und Land bemühen, bittet StR Sauer um Zwischenergebnisse über die Fortschreibung des Gutachtens noch vor der Sommerpause. Dieser Bitte schließen sich StR Ozasek, StR Körner und StR Serwani an.

Gegenüber StR Ozasek betont StR Körner den positiven Aspekt des Ortsbus-Projekts "Waldebene-Ost".

Der modifizierten Übernahme der Änderungsanträge der Fraktion der CDU, so stellt Herr Dr. Münter fest, wird zugestimmt. Ein Zwischenbericht über die Fortschreibung des Gutachtens zu den Ergänzungsverkehren in Stuttgart (GRDrs 110/2005) vor den Haushaltsberatungen 2021/ 2022 wird seitens Herrn Dr. Münter zugesagt.

3. SSB-Flex, Seite 3 (Kap. 6.4.1 NVP)

Zustimmung wird von StR Peterhoff und StR Ozasek signalisiert. Auch StRin Königeter (PULS), StR Sauer und StR Goller äußern sich positiv, wünschen sich jedoch verbindlichere Formulierungen seitens der Verwaltung im Hinblick auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Konkret wolle er, so StR Sauer, Konjunktivformulierungen in Absichtsbekundungen umformuliert wissen (Text der modifizierten Übernahme Absatz 2, erster und letzter Satz, und Absatz 3, s. Ergebnis zu diesem Punkt). Wichtig sei ihm zudem, die Option der Telefonbestellung zügig einzurichten. StRin Königeter fügt hinzu, der dafür vorgesehene Termin Januar 2021 könne nun offensichtlich nicht mehr eingehalten werden. Eine entsprechende Anpassung des Textes (spätestens 2. Quartal 2021) im NVP sagt Herr Dr. Münter zu.

StR Ozasek betont positiv die Innovationsfreudigkeit der SSB in der "Neuen Mobilität" (Ridepooling), insbesondere im Hinblick auf die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes und in der Konsequenz die wirtschaftlichen Veränderungen durch neue Angebote von Mobilitätsdienstleistern. Ebenso seien Barriere- und Emissionsfreiheit dieser Dienstleistung wegweisend für die Gesamtflotte. Herr Hachenberger und Herr Krause (VVS) stellen ihm gegenüber die Einbindung des On-Demand-Angebots in die polygo-App in Aussicht. Dies stößt auf allgemeine Akzeptanz.

Da laut Herrn Krause die Flotte im On-Demand-Verkehr nur sukzessive auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden kann, stimmt Herr Dr. Münter gegenüber StR Goller zu, den dafür notwendigen Zeitrahmen im NVP so offen wie möglich zu formulieren.

In der Folge stellt er fest:

Die modifizierte Übernahme der Änderungsanträge der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FrAKTION LINKE SÖS Piraten Tierschutzpartei und CDU mit den unten aufgeführten Änderungen wird mehrheitlich angenommen:

a) 2. Absatz, 1. Satz (Änderung fettgedruckt): "Dieser bisher pilothafte Bedarfsverkehr **wird** (statt "soll ... werden") künftig dauerhaft Bestandteil des städtischen Nahverkehrsangebots ..."

b) 2. Absatz, letzter Satz (Änderung fettgedruckt): "Mit dem Start von SSB Flex 2.0 im Januar 2021 **wird ab dem zweiten Quartal eine telefonische Bestellmöglichkeit angeboten.**" (statt "wird angestrebt, eine telefonische Bestellmöglichkeit anzubieten").

c) 3. Absatz (Änderung fettgedruckt): "Die für On-Demand-Verkehre eingesetzten Fahrzeuge **werden so schnell wie möglich** (statt "sollen") **auf emissionsfreie Antriebe umgestellt.**"

d) Ergänzung an geeigneter Stelle im modifizierten Übernahmetext: "Die Einbettung von SSB Flex in die multimodale Mobilitätsplattform polygo wird angestrebt."

4. NVEP-Themen, Seite 4 (Kap. 4.5 NVP)

StR Peterhoff stimmt dem Vorschlag der Verwaltung einer Nichtübernahme des Änderungsantrags seiner Fraktion und der Aufnahme der Punkte in den Themenspeicher für die Fortschreibung des NVEP zu. Zur Linie U34 (derzeit Ersatzverkehr für Teile der U1) erbittet er vor deren Auslaufen unter Einbeziehung der Entwicklungen in Stuttgart-Vaihingen einen Bericht. Dies sagt Herr Dr. Münter zu.

Von ihm wird festgehalten:

Der Vorschlag der Verwaltung, die im Änderungsantrag der Fraktion 90/GRÜNE aufgeführten Themen nicht in den aktuellen NVP zu übernehmen, sondern für die Fortschreibung des NVEP vorzusehen, wird positiv aufgenommen.

Den Bericht zum eventuellen weiteren Betrieb der Linie U34 vor deren Auslaufen sagt Herr Dr. Münter gegenüber StR Peterhoff zu.

5. Barrierefreiheit, Seite 5 (Kap. 4.5, 4.5.3 NVP)

StR Ozasek begrüßt die Betrachtung des Themas über Grundstücksgrenzen hinweg und signalisiert seine Zustimmung zur angepassten Übernahme des Änderungsantrags seiner Fraktion. Dass die einzelnen möglichen Technologien von Barrierefreiheit nicht erwähnt werden, bedauere er. Der Einsatz von Zwei-Sinne-Technologien im Rahmen einer Grunderneuerung von Haltepunkten sehe er als Pflichtaufgabe und Basis-Standard für Barrierefreiheit. Ein Gespräch hierüber zu einem anderen Zeitpunkt sei seiner Fraktion wichtig, zumal man in diesem Bereich unter den gesetzlichen Vorgaben liege. In Verbindung mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion schlägt Herr Dr. Münter eine Behandlung der Sachlage und Aufwendungen in einem gesonderten Tagesord-

nungspunkt noch vor der Sommerpause vor. Damit erklärt sich StR Sauer einverstanden, vor allem mit Blick auf die zügige Erreichung einer Barrierefreiheit in dem Bereich.

Gegenüber StRin Köngeter betont Herr Dr. Münter, man sei in ständigem Austausch mit Frau Fischer (Beauftragte der LHS für Menschen mit Behinderungen/SI-BB)).

Zur modifizierten Übernahme der Änderungsanträge der Fraktionen FrAKTION LINKE SÖS Piraten Tierschutzpartei und CDU ergeben sich laut Feststellung von Herrn Dr. Münter keine Einwände. Das Thema "Barrierefreiheit" wird vor der Sommerpause als eigener Tagesordnungspunkt unter Einbeziehung von Frau Fischer und ggfs. dem Beirat für Menschen mit Behinderungen nochmals aufgerufen.

6. Vordereinstieg Bus, Seite 6 (Kap. 4.4.4 NVP)

Einführend weist Herr Dr. Münter auf den letzten Satz der modifizierten Übernahme hin (beginnt mit: "Ergänzend dazu ..."). Der Vordereinstieg gelte bereits grundsätzlich, betriebliche Gründe rechtfertigten jedoch Ausnahmen zur Entzerrung des Einstiegs (z. B. in der Corona-Pandemie). Diese Formulierung begrüßt StR Sauer im Sinne einer größeren Flexibilität bei der SSB.

Festgestellt wird von Herrn Dr. Münter:

Der modifizierten Übernahme der Änderungsanträge der Fraktionen 90/GRÜNE, Die FrAKTION LINKE SÖS Piraten Tierschutzpartei und CDU wird zugestimmt.

7. Schusterbahn/Panoramabahn, Seite 7 (Kap. 6.5 NVP)

Eine Nutzung der bestehenden Schienen-Infrastruktur sei wichtig, auch als Backup für das S-Bahn-System (Panoramabahntrasse), betont StR Ozasek. Hier seien auch Untersuchungen im Gange. Bezogen auf die Zusammenführung bisher nicht abgestimmter, unterschiedlicher Planungen in Stuttgart-Münster (Schusterbahn) bittet er um Information des Gemeinderats durch die Verwaltung über die noch ungeklärten Faktoren. Dem schließen sich StR Serwani und StR Körner an. Beide dringen auf eine verbindliche Haltung der Stadt zu beiden Bahnen im NVP. Herrn Steimer (S/OB) zufolge hingegen konkret formulierte Aussagen der Verwaltung auch von ausstehenden Beschlüssen des Regionalparlaments ab. Er tue sich mit sehr verbindlichen Aussagen schwer.

Anschließend stellt Herr Dr. Münter fest:

Der modifizierten Übernahme der Änderungsanträge der Gemeinderatsfraktionen 90/GRÜNE sowie FrAKTION LINKE SÖS Piraten Tierschutzpartei wird unter Berücksichtigung der nachstehenden Änderungsvorschläge von StR Körner (SPD) durch den Ausschuss mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung zugestimmt:

a) *Schusterbahn*, Seite 7, letzter Satz (Änderung fettgedruckt): "Die LHS **setzt sich dafür ein** (statt "begrüßt"), dass diese Überlegungen umgesetzt werden."

b) *Panoramabahn*, Seite 7, letzter Satz "Nach der baubedingten Unterbrechung der Anbindung der Gäubahn an den Hauptbahnhof **setzt sich die LHS dafür ein**, dass der

Regionalzugverkehr bis in den Bereich Nordbahnhof geführt **wird** (statt "soll ... werden")."

8. Fahrplanverbesserungen und Linienverlängerungen, Seite 8/9

a) *Verlängerung des 10-Minuten-Taktes um eine Stunde bis 21.30 h, Seite 8, Nord (Burgholzhof)*

sowie

Bus- und Bahnfahrten in der Spätverkehrszeit vom Hauptbahnhof, Seite 8

StR Peterhoff kann einer Nichtübernahme des Passus "Nord" (Burgholzhof) zustimmen. Er sehe es jedoch als unbedingt erforderlich an, auch in der Landeshauptstadt Stuttgart den 10-Minuten-Takt über 20 Uhr hinaus zügig zu erweitern und eine bessere Taktung an den Wochenenden zu erreichen. Der ÖPNV-Report des Landes Baden-Württemberg zeige anhand von Modellregionen in Österreich und der Schweiz, dass ein erweitertes Angebot sehr gut angenommen werde. Eine entsprechende Ergänzung im NVP begrüße er, so StR Peterhoff weiter. Seinen Formulierungsvorschlag reiche er Herrn Dr. Münter schriftlich nach.

Dem stimmen StR Ozasek, StR Sauer und StR Serwani zu. Den Änderungsantrag seiner Fraktion (Bus- und Bahnfahrten in der Spätverkehrszeit vom Hauptbahnhof) sehe er damit ebenfalls eingeschlossen, fügt StR Körner hinzu.

Gegenüber StR Peterhoff und StR Körner sagt Herr Dr. Münter zu, nachstehenden Satz an geeigneter Stelle in Kap. 6.2.4 zu ergänzen: "Das Angebot soll auch abends und am Wochenende weiter ausgebaut werden. Hierfür wird ein stufenweises Ausbaukonzept bis 2022 erarbeitet."

Ansonsten stellt Herr Dr. Münter fest:

Es besteht Einverständnis darüber, die Änderungsanträge der Fraktionen 90/GRÜNE und SPD nicht in den NVP zu übernehmen.

b) *Änderungen im Jahresfahrplan im Rahmen einer Bürgerbeteiligung, Seite 9 (Kap. 5.2 NVP)*

Erläuternd zum Änderungsantrag seiner Fraktion führt StR Körner aus, Fahrplanänderungen seien ein wichtiges Thema in den Bezirken und müssten in diesen auch zur Diskussion gestellt werden. Zustimmung könne er der Nichtübernahme des Änderungsantrags unter der Prämisse, dass das Thema im Aufsichtsrat der SSB aufgegriffen werde.

Gegenüber StR Körner sagt Herr Dr. Münter die Übermittlung der Bitte an den Aufsichtsrat der SSB zu, sich mit diesem Punkt zu beschäftigen.

Gegen die Maßgabe der Verwaltung, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zu übernehmen, gibt es keine Einwände.

c) *U19 ganzjährig und ganztägig zwischen Neugereut und Neckarpark im 10-Minuten-Takt*, Seite 9 (Kap. 6.2.1 NVP)

Damit, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion nicht von der Verwaltung übernommen werde, sei er nicht einverstanden, erklärt StR Körner.

Danach stellt Herr Dr. Münter fest:

Der SPD-Änderungsantrag wird bei 3 Ja- und 10 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt. Dem Vorschlag der Verwaltung, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD nicht zu übernehmen, wird somit gefolgt.

d) *Überlastete U15 zwischen Zuffenhausen und Stammheim entlasten*, Seite 10 (Kap. 6.2.4 NVP)

Auch diesem Entschluss der Verwaltung, dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zu folgen, kann StR Körner nicht beipflichten. Der wichtige Streckenabschnitt sei regelmäßig überlastet und die Formulierung im NVP dazu zu unverbindlich. Das Thema solle noch 2021, spätestens jedoch 2022 angegangen werden. Die StRe Peterhoff, Sauer, Schrade, Ozasek und Serwani stimmen dem zu. An StR Goller gewandt, äußert Herr Dr. Münter, er halte die von der SPD vorgeschlagene Formulierung für ausreichend präzise.

Die StRe Peterhoff, Ozasek, Sauer, Körner, Serwani und Schrade halten entgegen der Maßgabe der Verwaltung am Änderungsantrag der SPD-Fraktion fest und bestehen auf der im Antrag genannten Zeitschiene 2021, spätestens 2022.

Daraufhin stellt Herr Dr. Münter zu diesem Anliegen fest:

Der Ausschuss stimmt einmütig zu.

Der Vorschlag der Verwaltung, den Änderungsantrag nicht zu übernehmen, ist damit abgelehnt.

e) *Buslinie 54 nach Sommerrain und Fellbach-Schmiden*, Seite 10 (Kap. 6.3.3 NVP)

Herr Dr. Münter stellt fest:

Gegen eine modifizierte Übernahme des Änderungsantrags der SPD-Fraktion gibt es keine Einwendungen.

9. Buskonzept Neckarvororte/Emissionsfreie und –arme Fahrzeuge, Seite 10 (Kap 6.3.3 NVP)

StR Körner erläutert zum Änderungsantrag seiner Fraktion, sowohl die O-Bus-Linien 101 und 103 als auch die Linie 109 kämen sehr gut an und die Stadt Esslingen wolle die Linien 101 und 103 bis Untertürkheim bzw. Obertürkheim verlängern. Für eine Gesamtbetrachtung der Busverbindungen von den Oberen Neckarvororten bis zum Neckarpark sei eine rechtzeitige Stellungnahme seitens der Verwaltung erforderlich; zumindest für die Linie 109 wolle man sich die Entscheidungsoption zur Weiterführung nach Einstellung als Ersatzverkehr noch vor der Sommerpause offenhalten. StR Peter-

hoff schließt sich der Meinung von StR Körner an und ergänzt, er wolle die Lerneffekte aus diesem Betrieb zu gegebener Zeit diskutieren. Herr Krause, unterstützt von Herrn Hachenberger, warnt vor einer Fehleinschätzung der Linie 109 für die Zukunft, da diese im Moment lediglich einen Ersatzverkehr darstelle. Zudem müsse bei Weiterbetrieb die Finanzierung (derzeit ein Angebot der SVE; Städtischer Verkehrsbetrieb der Stadt Esslingen am Neckar) geklärt werden. Belastbare Zahlen und Fakten zur Linie 109 der SVE erbittet StR Ozasek. Grundsätzlich befürworte er - ebenso wie StR Körner - die Verlängerung der hybriden O-Bus-Linien auf Stuttgarter Gemarkung mit elektrischem Antrieb.

Herr Dr. Münter hält fest:

Dem Vorschlag der Verwaltung, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zu übernehmen, wird Folge geleistet.

Gegenüber StR Peterhoff, StR Ozasek und StR Körner sagt Herr Dr. Münter einen Bericht zum weiteren Verfahren "Buslinie 109" vor der Sommerpause sowie einen zeitnahen Austausch zwischen Herrn Hachenberger und Herrn Rust (BM Esslingen) zu.

10. Finanzierung ÖPNV, Seite 11 (Kap. 4.6 NVP)

Im Sinne der Zielsetzungen für die Verkehrsfinanzierung im NVP spricht sich StR Körner für eine Festschreibung des 365-Euro-Jahrestickets im gesamten VVS-Gebiet und ein Landesgesetz zu Finanzierungsmöglichkeiten aus. Letzteres hält er angesichts der derzeitigen finanziellen Lage des ÖPNV für unerlässlich. Zumindest in verkürzter Form wolle er den Änderungsantrag seiner Fraktion übernommen wissen. StR Peterhoff beschränkt die Aussage seiner Fraktion auf den Wunsch nach einem 365-EuroTicket auf die Landeshauptstadt und mögliche Finanzierungshilfen des Landes. Auch von StR Ozasek kommt Zustimmung zum verkürzten Änderungsantrag der SPD ebenso wie zu einer Gesetzesgrundlage für die Drittnutzerfinanzierung.

Mit Blick auf die Kosten von knapp über 130 Mio. € jährlich für ein verbundweites 365-Euro-Ticket kann sich StR Sauer eine Regelung im Verbund mit den betroffenen Landkreisen nicht vorstellen, ebenso wenig wie einen Alleingang der Stadt Stuttgart. Ein Gesetz zur Finanzierung auf Landesebene, die einer Nahverkehrsabgabe gleichkäme, lehne seine Fraktion ab, so StR Sauer weiter. Auch StR Serwani hält ein 365-Euro-Ticket im Verbund derzeit für nicht machbar.

Hierzu stellt Herr Dr. Münter fest:

Mehrheitlich spricht sich der Ausschuss gegen den Vorschlag der Nichtübernahme des Änderungsantrags der SPD-Fraktion aus.

Herr Dr. Münter stellt daraufhin eine Übernahme/geänderte Übernahme von Teilen des Antragstextes im Abschnitt "Gerechte Finanzierung des Nahverkehrs" einzeln zur Abstimmung. Danach stellt er fest:

a) 1. Satz, Zeile 3 (Übernahme): "Um das Bus- und Bahnfahren vom Angebot und von den Preisen her noch attraktiver zu machen, sind erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich."

Der Ausschuss stimmt der Übernahme dieses Satzes in den NVP einhmütig zu.

b) 2. Satz, Zeile 7 (Änderung fettgedruckt): "So verfolgt die LHS das Ziel, allen Stuttgarterinnen und Stuttgartern ein Jahresabo für das Bus- und Bahnfahren **in Stuttgart** (anstelle von "im ganzen VVS-Gebiet") zum Preis von 365 € anbieten zu können".

Dem Formulierungsvorschlag wird bei 9 Ja- und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

c) Letzter Satz, Zeile 26 (Übernahme): "Aus diesem Grund begrüßt die LHS Überlegungen auf Landesebene, den Kommunen mit einem neuen Landesgesetz neue Finanzierungsmöglichkeiten an die Hand zu geben."

Auch der Übernahme dieses Satzes wird mit 10 Ja- und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

11. Topographie Seite 12 (Kap. 4.3 NVP)

Festgestellt wird von Herrn Dr. Münter:

Dem Vorschlag der Verwaltung, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zu übernehmen, steht nichts entgegen. Herr Dr. Münter ergänzt mit dem Einverständnis von StR Körner den folgenden Zusatz: "Aufnahme in den Themenspeicher NVEP."

12. Betriebliches Mobilitätsmanagement, Seite 12 (Kap. 4.4.3 NVP)

Herr Dr. Münter stellt fest:

Die modifizierte Übernahme des Änderungsantrags der Fraktion 90/GRÜNE wird vom Ausschuss angenommen.

Gegenüber StR Sauer erläutert Herr Dr. Münter, die aktuelle Teilfortschreibung stelle bereits ein vorgezogenes, beschleunigtes Verfahren gegenüber dem seitherigen Fünf-Jahres-Rhythmus dar. Einen schriftlichen Zeitplan zur weiteren Entwicklung sowohl des NVP als auch des NVEP bis zur Sitzung des Gemeinderates am 25.02.2021 sagt er zu.

Herr Knöller (VVS) ergänzt, zunächst habe man den NVEP erstellt und daraus Maßnahmen für den NVP (Teilfortschreibung) abgeleitet. Er schlägt vor, aufgrund der teilweise veränderten zeitlichen und inhaltlichen Randbedingungen der Region, zuerst den NVEP anzupassen und daraus konkrete Maßnahmen in den NVP zu übernehmen. Wichtig ist Herrn Steimer das Thema "Bürgerbeteiligung" (Mitte/Ende 2022). Hierdurch schaffe man eine Grundlage für die nächste NVEP-Fortschreibung im Jahr 2023.

Abschließend kündigt Herr Dr. Münter an, die Ergebnisse der heutigen inhaltlichen Vorberatung würden nach Zustimmung durch den Gemeinderat am 25.02.2021 in den endgültigen NVP eingearbeitet.

Damit hat der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik der Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans mit den in der Synopse und der heutigen Aussprache beschlossenen Änderungen/Ergänzungen einmütig zugestimmt.

Zur Beurkundung

Klemm / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. OB/82
 3. L/OB
L/OB-R
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 6. Referat SI
SI-BB
 7. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 8. Referat T
Tiefbauamt (2)
 9. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 10. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 11. Rechnungsprüfungsamt
 12. L/OB-K
 13. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS